



Freie Demokratische Partei Stadtverband Hannover

Für Hannover stark vor Ort!

Das Hannoverprogramm 2016 bis 2021

Programm des Stadtverbands Hannover
der Freien Demokratischen Partei zur Kommunalwahl 2016
- *Langfassung* -

Inhaltsverzeichnis

- 1. Haushalt und Finanzen – *Zukunft durch Freiheit***
- 2. Wirtschaft – *Starker Standort, starkes Hannover***
- 3. Bildung – *individuelle Chancen für alle – ein Leben lang***
- 4. Verkehr – *Lebensqualität durch Mobilität***
- 5. Familien – *Rückgrat unserer Gesellschaft***
- 6. Stadtentwicklung – *gemeinsam Zukunft gestalten***
- 7. Kunst und Kultur – *Bildung und Teilhabe***
- 8. Bürokratie – *weniger ist mehr***
- 9. Sport – *Bildung, Integration Gesundheit***
- 10. Umwelt – *Gesundheit, Lebensqualität, Erholung***
- 11. Senioren – *eine Stadt für alle***
- 12. Migration und Flüchtlinge – *gemeinsam Hannover***
- 13. Öffentliche Ordnung – *sicheres und sauberes Hannover***
- 14. Jugend – *der Zukunft verpflichtet***

Liebe Hannoveranerinnen und Hannoveraner,

„Das Wichtigste im Staat sind die Gemeinden, und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger“. Theodor Heuss, 1. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Sinne verstehen die liberalen Kandidatinnen und Kandidaten ihr kommunalpolitisches Engagement und das folgende Programm.

Die Kommunalwahlen am 11. September sind für Sie, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hannover, DIE Gelegenheit, auf die Entwicklung Ihrer Heimat Einfluss zu nehmen. Wir Freie Demokraten wollen unseren Beitrag leisten, Ihrer Stimme im Rat und Stadtbezirksrat Gehör zu verschaffen und so die Zukunft unserer Stadt mit zu gestalten.

Im Sinne der Menschen in der Stadt Hannover wollen wir uns einsetzen für eine effiziente Verwaltung mit Dienstleistungsmentalität und für sparsame Haushaltsführung in Verwaltung und kommunalen Betrieben.

Nur durch eine unideologische Verkehrspolitik und eine innovativere Baupolitik werden wir das Wachstum der Stadt meistern. Dazu benötigen wir ein Konzept für alle Verkehrsteilnehmer sowie mehr Wohnungsbau in der Stadt und in den Stadtteilen.

Bildung und Betreuung sind für die Lebensqualität von Familien von großer Bedeutung. Wir wollen uns einsetzen für Vielfalt der Schulformen, für freie Schulen und für vielfältige Betreuungskonzepte für Kinder und Jugendliche.

In der Wirtschaftspolitik fordern wir Freien Demokraten mehr Innovation und Ideen, um für kleine und mittlere Unternehmen sowie für das Handwerk und die Freien Berufe weitere Wachstumsmöglichkeiten in der Stadt zu entwickeln. Mehr Gründergeist, mehr Offenheit für Neues und eine bessere Einbindung der Universitäten der Stadt sind nötig, damit viele Menschen in Hannover Arbeit finden.

Hannover ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Das soll so bleiben. Wir wenden uns daher gegen Intoleranz und Hass und gegen einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen.

Für uns Freie Demokraten ist darum die Integration der nach Deutschland vor Krieg und Vertreibung geflohenen Menschen eine entscheidende Zukunftsaufgabe unserer Stadtgesellschaft. Dazu sind mehr Sprachlernangebote, die Aufhebung der Arbeitsverbote sowie die Unterbringung im regulären Wohnumfeld, statt in zentralen Unterkünften, wichtige Maßnahmen.

Hannover ist lebens- und liebenswert. Damit das so bleibt, bitten wir um Ihre Stimme:

Am 11. September 2016 für die Kandidaten der FDP.



Patrick Döring

Stadtverbandsvorsitzender

1. Haushalt und Finanzen – Zukunft durch Freiheit

Die Landeshauptstadt Hannover hat aktuell rund 1,8 Milliarden Euro Schulden. Seit Jahrzehnten schiebt die Stadt nun schon einen riesigen Schuldenberg vor sich her. Ein Abbau dieser Schulden ist mittelfristig kaum in Sicht.

Derzeit ist die Stadt aufgrund der verfehlten Haushaltspolitik der rot/grünen Ratsmehrheit gezwungen das nunmehr zehnte Programm zur Haushaltskonsolidierung durchzuführen.

Um über dieses chronische finanzpolitische Unvermögen im Wahlkampf hinwegtäuschen zu können, hat der Kämmerer sogar zu dem Taschenspielertrick eines Konsolidierungsnachtragsprogramms greifen müssen, damit das Finanzproblem im Wahlkampf möglichst wenig thematisiert wird.

Ein solches Vorgehen ist für die FDP nicht akzeptabel. Die Hannoveranerinnen und Hannoveraner haben das Recht darauf, vor der Kommunalwahl zu erfahren, worauf sie sich nach der Wahl mit Rot-Grün im Rathaus einzustellen haben.

Hannover hat kein Einnahmeproblem. Die Steuereinnahmen haben schon mehrmals Rekordniveau erreicht. Hannover hat vielmehr ein Ausgaben- und Aufgabenproblem!

Darum lehnt die FDP jegliche Erhöhungen von Steuern, Abgaben und Gebühren als Mittel der Haushaltskonsolidierung ab. Erhöhungen von Parkgebühren sowie von Grund- und Gewerbesteuer werden von der FDP auch in Zukunft keinesfalls mitgetragen.

Auch von solide wirtschaftenden Privatleuten und von Unternehmen wird nicht mehr ausgegeben als eingenommen. An diese einfache Wirtschaftsmaxime sollte sich auch die Landeshauptstadt Hannover halten. Punktuelle Einsparungen reichen angesichts der Höhe des Defizits bei weitem nicht mehr aus. Strukturelle Korrekturen sind dringend erforderlich.

Wir fordern eine solide kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, die die finanzielle Überlastung künftiger Generationen vermeidet und die Hannovers Stadtpolitik auch in kommenden Jahrzehnten finanzielle Entscheidungsspielräume lässt. Denn ohne finanzielle Ressourcen werden zukünftige Generationen ihre Gegenwart und Zukunft nicht gestalten können. Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist damit letztlich eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Durchschnittlich wies Hannover in den vergangenen Jahren einen defizitären Haushalt in zweistelliger Millionenhöhe aus. Zugleich gewährt die Stadt jedoch stetig steigende freiwillige Leistungen wie Zuwendungen und Zuschüsse: Ihr prozentualer Anteil am Haushalt liegt in Hannover etwa doppelt so hoch wie in vergleichbaren Kommunen!

Diese Ausgaben müssen deutlich begrenzt werden. Die Ausgabenwünsche der Politik und der Bürger müssen sich an den Einnahmen orientieren.

Im Bereich der Investitionen ist dem Substanzerhalt des städtischen Vermögens Priorität vor kurzfristigen konsumptiven Maßnahmen einzuräumen. Viele Straßen unserer Stadt sind in desolatem Zustand. Anstatt Millionen in den Rückbau von Verkehrsachsen sowie in den Ausbau mehr oder weniger repräsentativer Plätze zu versenken, sollte dieses Geld besser in den Erhalt und in die Sanierung des Straßennetzes investiert werden. So zahlen nun die Anlieger für die viel zu lange ausgebliebene Instandsetzung, während die rot-grüne Stadtpitze die öffentlichen Gelder weiterhin für Prestigeprojekte und Klientelpolitik ausgibt.

Es ist selbstverständlich und liegt in der Natur der kommunalen Aufgaben, dass nicht alle Leistungen der Stadt kostendeckend erbracht werden können. Es sollte aber ein stetiges Bemühen aller Beteiligten sein, die Kostendeckungsgrade der verschiedenen kommunalen Leistungen zu erhöhen.

Öffentlich-private Partnerschaften können dabei immer dann zu einem effizienteren Wirtschaften beitragen, wenn sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen.

Die FDP fordert eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen. Stattdessen sind bestehende Privatisierungspotentiale zu prüfen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und -Effizienzsteigerung haben als haushaltspolitische Instrumente Vorrang vor Steuer- und Gebührenerhöhungen oder einer weiteren Verschuldung, denn die Belastungsgrenze für Bürger und Unternehmen ist erreicht! Kommunale Steuererhöhungen soll es nicht geben.

Die Ausgaben der Stadt dürfen dauerhaft die Einnahmen nicht überschreiten. Es muss Spielraum für die zukünftige Generation geschaffen werden.

Finanzpolitische Entscheidungen müssen dem Paradigma folgen: Investitionen statt Konsum. Darum sind wir für eine Begrenzung der freiwilligen Leistungen und Zuwendungen in allen Bereichen bis auf Bildung, Sport und Kinderbetreuung.

Bund und Land müssen für zusätzliche Belastungen und Aufgaben der Kommunen die Zuwendungen an die Kommunen erhöhen und verstetigen.

2. Wirtschaft – Starker Standort, starkes Hannover

Wer einen Arbeitsplatz hat, bekommt die Chance auf wirkliche Teilhabe an der Gesellschaft und kann einen hohen Lebensstandard sowie langfristige soziale Sicherheit genießen. Nur eine starke regionale Wirtschaft kann das den Bürgerinnen und Bürgern in Hannover bieten. In gleichem Maße ist auch die Stadt Hannover von einer hohen Wirtschaftskraft ihrer ortsansässigen Unternehmen abhängig. Denn nur wenn Unternehmen Arbeitsplätze bereitstellen und Gewinne erwirtschaften, erzielt die Stadt Steuereinnahmen, die sie für öffentliche Leistungen wieder ausgeben kann.

Hannover hat sich mittlerweile zu einem Technologiestandort von hervorragender Qualität entwickelt. Diesen Prozess muss die Stadt noch aktiver als bislang unterstützen. Zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes gehört auch eine enge Kooperation zwischen den Unternehmen und den Hochschulen in der Landeshauptstadt Hannover. Hier gilt es, den Netzwerkgedanken zwischen Wirtschaft und Hochschule zu intensivieren. Das muss auch dazu führen, dass Hochschulabsolventen nach ihrem Abschluss gern zum Arbeiten in Hannover bleiben.

In Hannover haben einige sehr große Unternehmen mit tausenden von Arbeitsplätzen ihren Firmensitz. Darauf sind wir stolz. Investitionskräftige Großunternehmen und Finanzdienstleister (z.B. aus der Versicherungs-, Banken-, und Automobilwirtschaft) schaffen qualifizierte Arbeitsplätze, aus denen u.a. erhebliche Kaufkraft entsteht, und sind wesentliche Gewerbesteuerzahler. Hannover steht hier im nationalen und internationalen Standortwettbewerb gut dar.

Das Rückgrat der hannöverschen Wirtschaft bilden jedoch auch die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese Unternehmen mit wenigen bis zu einigen hundert Mitarbeitern sind Ausdruck der wirtschaftlichen Vielfalt in unserer Stadt.

Das gilt vor allem auch für die vielen Handwerksbetriebe. Allein in der Landeshauptstadt Hannover erwirtschaften die rund 5.100 Handwerksbetriebe mit ihren über 30.000 Beschäftigten jährlich etwa 2 Milliarden Euro. Damit stellt das Handwerk eine wichtige Säule der hannoverschen Wirtschaft dar. Dieser bedeutenden Rolle muss die Politik in der Stadt endlich auch Rechnung tragen! Dazu gehören eine verbesserte Kommunikation, der Abbau bürokratischer Hürden sowie eine konsequente Förderung des Mittelstands.

Die Bedürfnisse der Handwerksbetriebe in der Stadtplanung (Z.B. was Anlieferungswege, Parkplätze und die Verfügbarkeit innenstadtnahen Raums für die Ansiedelung von Handwerksbetrieben anbelangt) müssen viel stärker als bislang Berücksichtigung finden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die planungsrechtliche Absicherung bestehender Betriebe sowie die Bereitstellung attraktiver und bezahlbarer Gewerbeflächen für Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen.

Die Ausweitung öffentlicher Betätigungsfelder zu Lasten der Privatwirtschaft ist einzuschränken und eine zunehmende Kommunalisierung muss unterbleiben.

Hannover ist als CeBIT-Stadt prädestiniert dafür, für Gründer und StartUps ein kreatives, interessantes und dynamisches Umfeld zu bieten. Die vorhandenen etablierten Wirtschaftsförderungsinstrumente sind diesen neuen Anforderungen von Gründern und Investoren anzupassen.

Foodtrucks haben in kurzer Zeit zu einer Diversifizierung des kulinarischen Angebots beigetragen. Bislang sind Foodtrucks jedoch nur in größerer Zahl auf eigens organisierten

Events anzutreffen. Die FDP setzt sich daher für eine Änderung der Straßennutzungsverordnung ein, die mobilen Anbietern von Speisen mehr Freiheit lässt.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Wirtschaftspolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Der Mittelstand muss konsequent gefördert werden, da dieser die meisten Arbeitsplätze in Hannover schafft. Das Handwerk muss als wichtiger Wirtschaftsfaktor stärker in den Fokus der Stadt- und Wirtschaftsplanung rücken.

Bürokratie muss abgebaut werden. Hierzu gehört auch, dass die Stadt sich stärker als Dienstleister für die Betriebe verstehen muss.

Kommunale Wirtschaftspolitik muss noch konsequenter als Vernetzung von Forschung und Wissenschaft gedacht werden. So kann die Landeshauptstadt Hannover Universitätsabsolventen halten und den Wirtschaftsstandort mit qualifizierten Fachkräften versorgen.

3. Bildung – individuelle Chancen für alle – ein Leben lang

Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und die persönliche Lebensqualität eines Jeden und der gesamten Gesellschaft gründen sich in einem leistungsfähigen Bildungsangebot.

Gute Bildung eröffnet für den Einzelnen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und erhöht die Chancen auf Teilhabe in unserer Gesellschaft. Der Mensch wird ein seinen Begabungen entsprechendes, selbstbestimmtes Leben nur dann führen können, wenn er frühzeitig ein auf seine individuellen Fähigkeiten und Neigungen abgestimmtes Bildungsangebot erhält.

Das bedeutet eine deutliche Absage an die Vorstellung einer Bildungsvereinheitlichung. Nicht alle Menschen sind gleich – nicht alle Schülerinnen und Schüler sind gleich. Das anzunehmen hat nichts mit dem Gedanken an soziale Gerechtigkeit zu tun, sondern es verkennt vielmehr die Individualität und die spezifischen Bedürfnisse des Einzelnen. Daher treten die Freien Demokraten entschieden für ein möglichst vielfältiges Bildungsangebot ein: Selbstverständlich wird die Inklusion weiter umgesetzt. Dennoch sollten hier den Schulen und den Eltern ein Maximum an Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Das bedeutet auch, dass Förderschulen als Alternative zur inklusiven Regelbeschulung erhalten bleiben müssen. Es bedeutet weiterhin, dass die kommunale Schulpolitik sich stärker und vorausschauender als bislang an den Wünschen der Eltern und ihrer Kinder orientieren muss: Sowohl Gymnasien als auch die Integrierten Gesamtschulen werden seit Jahren stark nachgefragt und die Bewerbungen treiben die Schulen an ihre räumlichen und personellen Grenzen. Diesen Entwicklungen muss die kommunale Schul- und Bildungspolitik endlich Rechnung tragen, denn ein wirklich gerechtes Bildungssystem beginnt immer mit maximaler individueller Wahlfreiheit den eigenen Weg zu gehen.

Bildung beginnt zwar mit der Wahlfreiheit, die individuellen Entwicklungschancen hängen des Weiteren jedoch auch eng mit der Qualität der gebotenen Bildung zusammen: Moderne Schulausstattungen, ansprechende Gebäude mit entsprechender Lernumgebung, in der die Kinder und Jugendlichen sich wohl fühlen sowie die quantitativ auskömmliche Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Betreuungspersonal in allen Schulformen sind maßgebliche Kriterien, die den individuellen Bildungserfolg beeinflussen.

In diesem Zusammenhang müssen die Schulen stärker als bislang bei der Umsetzung der schulischen Inklusion unterstützt werden. Neben dem Ausbau der schulischen Infrastruktur, auf den sich Rot-Grün derzeit konzentriert ist für einen Erfolg der Inklusion für alle Schülerinnen und Schüler ein besserer Betreuungsschlüssel unerlässlich. Die sozialpädagogische Betreuung an den Schulen muss erheblich verbessert werden, da ansonsten keine angemessene inklusive Beschulung erfolgen kann und zudem die Überforderung der Lehrer durch zusätzliche und zum Teil fachfremde Aufgaben absehbar ist.

Bildungspolitisch setzen wir uns für eine Trägervielfalt in allen Bereichen der Kinder- und Jugendbildung ein. Jeder junge Mensch soll individuell die beste Bildung bekommen. Bildung ist für mündige Bürger unerlässlich.

Auch die betriebliche sowie berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung fällt in diesen Bereich. Sie muss als originäre Aufgabe der Betriebe und Träger anerkannt und erhalten bleiben. Hier muss eine verstärkte Kooperation von allgemeinbildenden Schulen und den örtlichen kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt werden.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Bildungspolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Die Vielfalt der einzelnen Schul- und Bildungsangebote, sowohl in kommunaler als auch in freier Trägerschaft, muss erhalten bleiben.

Die Angebote der Volkshochschule müssen überprüft werden.
Offene Ganztagsgrundschulen müssen weiter dem Wunsch der Kinder und ihrer Eltern entsprechend ausgebaut werden.

Die Arbeit der Schulen – vor allem der Grundschulen – muss viel intensiver und nachhaltiger durch sozialpädagogisches Personal begleitet und unterstützt werden. Durch wachsende Integrations- und Inklusionsanstrengungen entstehen hier erhebliche Mehrbedarfe in den Schulen, die durch die Lehrer nicht allein geleistet werden können.

Die begonnene Sanierung der Schulen wird konsequent fortgesetzt.

Schwimmunterricht muss für alle Grundschulkindkinder fester Bestandteil des Sportunterrichts werden.

Die betriebliche Aus- und Weiterbildung muss gefördert und besser mit allgemeinbildenden Schulen vernetzt werden.

4. Verkehr – Lebensqualität durch Mobilität

Die Ansprüche an urbane Mobilität sind in den vergangenen Jahren immer komplexer geworden. Mobilität ist zentral für die individuelle Lebensgestaltung und damit auch für die Lebensqualität des Einzelnen. Mobilität hat entsprechend viele Facetten: ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger und motorisierter Individualverkehr. Doch hinter diesen Kategorien verbergen sich Menschen, deren spezifischen Bedürfnissen eine kommunale Infrastruktur- und Verkehrspolitik Rechnung tragen muss: junge, sportliche Erwachsene, berufstätige Pendler, Kinder, mobilitätseingeschränkte Menschen, Senioren (um nur einige der Gruppen an Verkehrsteilnehmern zu nennen) fordern ihren gleichberechtigten Platz im verkehrspolitischen Mix.

Eine weitsichtige und nachhaltig angelegte Verkehrspolitik hat ein gleichberechtigtes Nebeneinander all dieser unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer zum Ziel.

Die Ansprüche an Mobilität haben sich in den letzten Jahren verändert. Die Stadt zu Fuß oder mit dem Rad erleben zu können, ist ein wichtiger Bestandteil hannoverscher Lebensqualität. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Sanierung und der Ausbau von Straßen für den Individualverkehr vernachlässigt werden.

Eine moderne Verkehrssteuerung kann das Spannungsverhältnis zwischen komplexen Mobilitätsbedürfnissen und der daraus leicht entstehenden Umweltbelastung entschärfen. Bis heute ist es der Stadtverwaltung jedoch nicht gelungen, auf den Hauptverkehrsachsen Hannovers Maßnahmen für einen gleichmäßigen Verkehrsfluss umzusetzen. Dabei trägt gerade eine Verstärkung der Verkehrsströme entscheidend dazu bei, die Umweltbelastung durch Schadstoffe und Lärm zu mindern. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Mobilität in unserer Stadt sicher, flüssig und damit auch umweltverträglich möglich ist.

In diesem Kontext sollte auch die Vorrangschaltung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kritisch geprüft werden. Sie ist in Teilbereichen sinnvoll, muss aber dringend in eine intelligente Verkehrssteuerung für alle Verkehrsteilnehmer integriert werden.

Die FDP lehnt eine Vorrangschaltung für den ÖPNV um jeden Preis, die zu Behinderungen der übrigen Verkehre führt, als umwelt- und verkehrspolitischen Unsinn entschieden ab.

Mit dem Innenstadtring besitzt die Stadt ein leistungsfähiges Straßensystem. Er dient dazu, den Durchgangsverkehr aus dem Zentrum heraus zu halten. Diese Leistungsfähigkeit darf nicht durch den weiteren Rückbau von Fahrbahnen weiter eingeschränkt werden. Den immer wieder zu beobachtenden Rückbau aus rein ideologischen und verkehrspolitisch nicht zu rechtfertigenden Gründen lehnt die FDP ab.

Es ist seit Jahren eine Unterfinanzierung des Straßennetzes zu beobachten. Das bedeutet zugleich einen Verzicht auf den Erhalt städtischen Vermögens. Die Stadt muss hier dringend tätig werden. Dazu muss zunächst die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft werden, damit dann ein sozial ausgewogen finanziert Erhalt städtischen Straßenvermögens beginnen kann. Dazu muss der Ansatz für Straßenerneuerung im städtischen Haushalt erheblich angehoben werden.

Hannovers ÖPNV ist effizient und kundenorientiert. Der oberirdische Ausbau der D-Linie überfordert jedoch die städtische Infrastruktur zwischen Steintor und Hauptbahnhof und verschlechtert die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer erheblich. Die FDP drängt auf erneute Gespräche zwischen Stadt, Region und Infra, um eine Überarbeitung der bestehenden Pläne zu erwirken, so dass der zu erwartende Verkehrsinfarkt in Hannovers Innenstadt verhindert werden kann.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Verkehrspolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Wir wollen ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer in Hannover. Bei einer intelligenten und ideologiefreien Verkehrspolitik ist das problemlos möglich.

Deshalb setzt unsere Verkehrspolitik nicht auf Konfrontation, sondern auf das gleichberechtigte Miteinander. Die Umweltzone hat sich als weitgehend nutzlos erwiesen und muss abgeschafft werden. Stattdessen ist ein stetiger Verkehrsfluss, ohne lange Standzeiten und ständigen stop-and-go, unser Ziel. Intelligente Verkehrsführung und entsprechende Ampelanlagen erhöhen die Verkehrssicherheit und die Kapazität des vorhandenen Straßenraumes bei gleichzeitiger umweltschonender Verstärkung des Verkehrs.

Hannovers Straßennetz ist unterfinanziert. Daher setzen wir uns für einen Bestandserhalt ohne finanzielle Anliegerbeteiligung durch ausreichende städtische Investitionen ein.

Die Barrierefreiheit des ÖPNV ermöglicht die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Personen und erleichtert den Alltag für Viele. Der Ausbau der Hochbahnsteige darf aber nicht zum Rückbau vorhandener Straßeninfrastruktur genutzt werden und sollte kostensensibel erfolgen.

Parken ist in Hannover teuer. Wir setzen uns dafür ein, dass 15-Minuten Kurzparken generell kostenfrei ist und dass auch längere Parkzeiten als vier Stunden möglich sind. Damit erhalten wir die Attraktivität unserer Innenstadt und der Stadtteile.

Der Umbau der D-Linie muss überdacht und neu ausgehandelt werden, um eine Überlastung der sensiblen Innenstadtbereiche Hannovers zu verhindern.

5. Familien – Rückgrat unserer Gesellschaft

Die Familienpolitik der FDP steht im Zeichen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben der verlässlichen, flexiblen Nachmittagsbetreuung in der Schule ist der wohl entscheidende Baustein dieses Konzepts die Sicherstellung einer quantitativ ausreichenden und qualitativ hochwertigen frühkindlichen Betreuung.

Nur wenn die Betreuung verlässlich, wohnortnah und von guter Bildungsqualität erfolgt werden Eltern sich für eine Berufstätigkeit neben der Kindererziehung entscheiden. Die Wahl zu haben, ob sie arbeiten möchten oder nicht, ist ein wesentlicher Bestandteil einer selbstbestimmten Lebensführung. Viele Eltern können auf das zweite Einkommen jedoch nicht verzichten und sind daher auf eine gute Kinderbetreuung angewiesen.

Wenn es der Stadt gelingt, die Versorgung der Kinder flächendeckend auf einem Standard zu gewährleisten, der die Kinder aktiv fördert, anstatt sie nur zu verwahren, werden sich noch mehr Menschen in Hannover für die Elternschaft entscheiden.

Damit stellt die Kinderbetreuung einen Schlüssel zur gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt dar.

Familie ist mehr als nur Eltern und Kinder. Großeltern spielen oft im sozialen Leben der Kinder und ihrer Eltern eine zentrale Rolle. Durch Mehrgenerationenwohnen wird der soziale Zusammenhalt gestärkt, Großeltern können bei der Kinderbetreuung helfen, Vereinsamung wird vorgebeugt und pflegebedürftige ältere Menschen können länger zu Hause gepflegt werden.

Gerade die sogenannte Sandwich-Generation, die Kinderbetreuung, Berufsleben und die Pflege der Eltern bewältigen muss, kann so stark entlastet werden. Dieser Trend wird aufgrund des demographischen Wandels noch erheblich zunehmen.

Daher setzt sich die FDP intensiv für die Berücksichtigung von Mehrgenerationen-Wohnformen in der Quartiersentwicklung und Stadtplanung ein.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Familienpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Die FDP steht für Trägervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfepolitik. Wir wollen, dass neben städtischen Angebote auch viele Angebote aus der freien Wohlfahrtspflege, der Elterninitiativen, der Religionsgemeinschaften und der Unternehmen in Hannover einen Platz haben.

Wir streben eine stärkere Ausrichtung der Kita-Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Eltern an, damit Familie und Beruf vereinbar werden.

Die Sprachförderung in den Kitas muss ausgebaut, die frühkindliche pädagogische Förderung verbessert werden.

Mehrgenerationenwohnformen sollen stärker in Stadt- und Quartiersentwicklung berücksichtigt werden.

6. Stadtentwicklung – gemeinsam Zukunft gestalten

Hannover ist lebens- und liebenswert. Lebendige Stadtteile umgeben von ausgedehnten Wald- und Grünflächen machen Hannover vielseitig und attraktiv. Mit Maschsee und Eilenriede liegen einzigartige Erholungsgebiete direkt vor den Türen der Menschen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und die Menschen gerne hier leben und arbeiten.

In den vergangenen Jahren ist die Sensibilität der Hannoveranerinnen und Hannoveraner für die städtebauliche Entwicklung ihrer Stadt stark gestiegen.

Stadtentwicklung ist nicht Selbstzweck, sondern geschieht zum Wohle der Menschen. Sie muss daher auch im Sinne und Interesse der Menschen erfolgen. Bedenken betroffener Bürger gegen städtische Planungen müssen von der Verwaltung ernst genommen werden. Dazu muss die Verwaltung sensibler für die Bedürfnisse der Bevölkerung werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Anwohnerinnen und Anwohner stärker an Planungen der Verwaltung beteiligt werden. Das setzt allerdings auch die Bereitschaft der Ratsmehrheit und der Verwaltung voraus, die Meinungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu respektieren und entsprechend zu berücksichtigen. Dieses Verhalten war bislang in allen sogenannten „Dialogen“ und sonstigen angeblichen Beteiligungsprozessen nicht erkennbar.

Veränderungen in der Sozial- und Altersstruktur der Bevölkerung stellen neue Anforderungen an Stadtplanung und Wohnungsbau. Familien, Singles und Senioren haben ihre je eigenen Bedürfnisse. Öffentliche Verwaltung und private Bauwirtschaft müssen sich den neuen Gegebenheiten stellen. Derzeit ist Hannovers Wohnungsmarkt eine große Herausforderung für die Stadtpolitik. Aufgrund der Attraktivität der Stadt drängen immer mehr Menschen auf den Wohnungsmarkt. Da Hannover diesen Prozess selbstverständlich begrüßt, muss dafür gesorgt werden, dass all diese Menschen eine angemessene, bezahlbare Wohnung finden können. Der Wohnungsmarkt muss daher nicht nur – wie es bislang der Fall ist – an Bedürftigkeitskriterien und ökologischen Standards orientiert gestaltet werden. Vielmehr müssen auch die unterschiedlichen Bedürfnisse der nach Hannover ziehenden Menschen berücksichtigt werden: ältere Menschen, Singles und Studierende rivalisieren auf dem leergefegten Markt kleiner Wohnungen, junge Familien suchen nach Bauland oder gut angebundenen größeren Wohnungen mit einer guten Bildungsinfrastruktur in der Nähe, um nur einige Beispiele zu nennen. Diesen vielfältigen Erfordernissen muss eine weitsichtige Stadtplanung und Baupolitik Rechnung tragen.

Die Stadtteilzentren spielen für die Versorgung und die Identifikation der Bevölkerung eine große Rolle. Besonders ältere Menschen und junge Familien sind auf wohnortnahe Einrichtungen angewiesen. Vor allem erreichbare Nahversorgung ist von großer Bedeutung für die Attraktivität der Quartiere. Die FDP wird daher der positiven Entwicklung aller Stadtteile besondere Aufmerksamkeit widmen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Stadtentwicklung folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Hannover braucht Freiräume und Luft zum Atmen. Nachverdichtung bestehender Plätze und Freiflächen muss durchdacht und mit Augenmaß erfolgen.

Der Charakter und die Struktur gewachsener Quartiere müssen bei Nachverdichtungsmaßnahmen Berücksichtigung finden.

Wohnraum muss attraktiv, verfügbar und bezahlbar für alle bleiben. Vielfältige Interessen und Bedürfnisse müssen in die Bau- und Stadtplanung verstärkt einbezogen werden.

Übertriebene kommunale Baustandards und Regelungen verteuern das Bauen in Hannover erheblich. Wohnungsmangel behebt man aber vor allem mit Neu- und Ausbau.

Die gesetzlichen Baustandards sind vollkommen ausreichend und brauchen nicht durch kommunale Sonderregelungen der Landeshauptstadt Hannover erhöht zu werden. Stattdessen ist verstärkt auf eine sozialverträgliche Quartiersdurchmischung zu achten. Bestehende städtische Anreizsysteme müssen in diesem Bereich optimiert werden.

Die Verfahrensdauer bis zur Baugenehmigung ist in Hannover überdurchschnittlich lang. Wir wollen eine effiziente Bauverwaltung, die schnelle Entscheidungen rechtssicher trifft und bauherrenfreundlich agiert.

7. Kunst und Kultur – Bildung und Teilhabe

Kultur macht eine Stadt erst lebenswert und die Landeshauptstadt Hannover investiert viel in Kultur! Kultur ist ein wichtiges Vehikel der gesellschaftlichen Teilhabe, der persönlichen Entwicklung und der sozialen Interaktion.

Vor dem Hintergrund angespannter Finanzen bei gleichzeitig hohem Investitionsbedarf muss auch das kulturelle Angebot auf den Prüfstand: Seit Jahren setzt sich die FDP daher beispielsweise für eine bessere Koordinierung und Bündelung des Museumsmarketings ein, damit Synergieeffekte genutzt werden können.

Im Bereich der kulturellen Bildung nehmen die öffentlichen Bibliotheken eine wichtige Rolle ein. Besonders niedrigschwelligen Angeboten wie Bücherschränken und Bücherbussen kommt ein hoher Stellenwert zu. Sie können die Menschen oft besser erreichen als klassische Bibliotheken. Zudem sind sie vergleichsweise günstiger. In diesem Bereich will die FDP zukünftig das Angebot noch weiter ausbauen.

Hannover darf sich seit 2014 UNESCO City of Music nennen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Stadt ihren Status als Musikstadt viel stärker als bislang nutzt und mehr öffentliche Musikveranstaltungen, ähnlich der Fête de la Musique, in der Innenstadt stattfinden lässt. Dadurch wird die Attraktivität der City gesteigert und die Bürgerinnen und Bürger hätten mehr Nutzen durch den Titel Musikstadt Hannover.

Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Daher bleibt die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur eine wichtige öffentliche Aufgabe – auch in Zeiten knapper Kassen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Kulturpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen muss weiterhin im Fokus kulturpolitischer Strategien bleiben.

Es müssen konsequent Möglichkeiten zur effektiveren Kunst- und Kulturförderung genutzt werden, damit Kosten eingespart werden können und zugleich das Angebot erhalten bleibt.

Die Förderung der freien Kulturszene muss bestehen bleiben, damit Kultur ihre soziale Integrations- und Bildungsfunktion behält.

Niedrigschwellige Bildungsangebote wie Bücherbus und Bücherschränke müssen weiter gestärkt werden.

8. Bürokratie – weniger ist mehr

Verwaltung ist nicht alles, aber ohne eine funktionierende Verwaltung ist alles nichts. Verlässlichkeit, Transparenz und Serviceorientierung sind nicht nur wichtige Standortfaktoren, sondern sie stellen auch das Fundament für die Bürgergesellschaft dar. Für die Freien Demokraten ist die Verwaltung daher ein entscheidender Faktor, um die Stadt als Gemeinwesen und als Wirtschaftsstandort lebenswert und attraktiv zu machen.

In einem international anerkannten Hochschul-, Industrie- und Messestandort mit großer Anziehungskraft für ausländische Studierende, Fachkräfte und Messebesucher, ist es wichtig, dass sich alle mit der Stadtverwaltung verständigen zu können. Um den Standort Hannover zu stärken, ist daher auf eine Erhöhung der interkulturellen und sprachlichen Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter mit erhöhtem Publikumskontakt hinzuwirken. Auch relevante Informationsmaterialien und Formulare sind neben Deutsch auch auf Englisch anzubieten.

Die Zeiten der Entscheidungen hinter verschlossenen Türen gehören zunehmend der Vergangenheit an. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr Verantwortung für die Entwicklung ihrer Stadt übernehmen. Deshalb müssen sowohl die Entscheidungsfindung als auch die Entscheidungsumsetzung zukünftig transparenter erfolgen.

Damit die Verwaltung offener und dienstleistungsorientierter auftreten kann, benötigt sie eine Schlankheitskur, die sicherlich auch dem völlig überlasteten Haushalt zu Gute käme. Es bedeutet auch, dass die Stadt vermehrt nach Synergien und Vernetzungsmöglichkeiten suchen muss. Hier bietet sich zum Beispiel eine engere Kooperation mit der Region Hannover bei Ausschreibungen, Anschaffungen und der Bereitstellung von Dienstleistungen an.

Des Weiteren bietet eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben ein erhebliches Einsparungspotential und zugleich einen wesentlichen Zuwachs an Komfort für die Bürgerinnen und Bürger. Anträge und Formulare sollen daher digital verfügbar gemacht werden und digital ausgefüllt und eingereicht werden können.

Ein wichtiger Baustein zum Abbau bürokratischer Verkrustungsstrukturen und eng verknüpft mit dem Ausbau der Verwaltungsdigitalisierung ist die Einführung bargeldloser Bezahlungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich.

Der Grundsatz „weniger ist mehr“ gilt vor allem für Inhalte und Umfang der Verwaltungstätigkeiten. Die zunehmende Verrechtlichung fast aller Lebensbereiche steht dem liberalen Lebensgefühl völlig entgegen. Es gilt: So viel Schutz wie nötig, aber so viel individuellen Freiraum wie möglich zu gewährleisten. Selbstverständlich kommt ein hochkomplexes, modernes Gemeinwesen nicht ohne ein gewisses Maß an Regeln, Gesetzen und Vorschriften aus, das tiefe Eindringen des Staates in alle Lebensbereiche ist jedoch gänzlich überflüssig und schränkt die persönliche Entfaltung des Einzelnen unnötig ein.

Zudem entmündigt die Vorschriftenfülle die Bürgerinnen und Bürger zusehends, sodass eine eigene, moralisch begründete und individuell zu erarbeitende Einschätzung von Richtig und Falsch immer mehr zu Gunsten staatlicher Verregelung in den Hintergrund tritt. Das ist eine fatale individuelle und gesamtgesellschaftliche Entwicklung, der bereits auf kommunaler Ebene entschlossen entgegen zu treten ist.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der öffentlichen Organisation folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Die Schaffung einer effizienten und transparenten Verwaltungsstruktur muss noch nachdrücklicher als bislang erfolgen. Die Verwaltung dient dem Bürger, nicht der Bürger der Verwaltung.

Bemühungen müssen intensiviert werden, Kooperationsrenditen durch eine enge Zusammenarbeit im Netzwerk der Region Hannover zu erzielen.

Der Grundsatz „weniger ist mehr“ sollte grundsätzlich auf alle Verwaltungsaktivitäten angewendet werden.

Die rot-grüne Regulierungswut muss eingedämmt und bestehende Überregulierung abgebaut werden.

9. Sport – Bildung, Integration, Gesundheit

Der Sport spielt eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Er ist ein wichtiger Baustein erfolgreicher Integration, Sport ist Bildung und nicht zuletzt ist Sport gesund. Hannover ist eine Sportstadt und eine Stadt mit hohem Freizeitfaktor.

In der aktuellen Politik wird viel über Integration geredet – die Sportvereine reden nicht drüber, sondern sie leben Integration seit vielen Jahren – ganz selbstverständlich. Sport öffnet Türen: Persönliche Türen und gesellschaftliche Türen. Sport ist ein wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Teilhabe. Sport verbindet Menschen aus unterschiedlichsten sozialen Schichten mit verschiedenen kulturellen, religiösen und privaten Hintergründen. Sport ist ein wichtiges Instrument der Inklusion und der Integration.

Vor allem für junge Leute ist Sport wichtig, weil er eine zentrale Rolle für die Persönlichkeitsentwicklung, die Ausbildung sozialer Kompetenzen und die soziale Integration spielt. Im Sport können persönliche Erfolge und das Gefühl der Teamzugehörigkeit erlebt werden.

Sport ist auch – und das ist natürlich nicht zu unterschätzen – wichtig für die Gesundheit. Doch es wird deutlich, dass Sport viel mehr ist, als nur körperliche Ertüchtigung und Dienst an der eigenen Gesundheit: Sport ist Bildung und Investitionen in Bildung sind immer richtig und wichtig. Sport ist Sozialpolitik, die an den Wurzeln gesellschaftlicher Probleme ansetzt, Sport ist Jugendarbeit, Sport ist jedoch vor allem Gemeinschaft!

Besondere Bedeutung kommt hier dem Ehrenamt zu. Das ehrenamtliche Engagement und die damit verbundene Jugendarbeit ist gelebter Liberalismus: Statt sich auf den Staat zu verlassen, nehmen Ehrenamtliche die Gestaltung der Gesellschaft selbst in die Hand und arbeiten für das, was ihnen persönlich wichtig ist. Ehrenamtliche Arbeit muss deshalb attraktiver gemacht werden.

Um die vielfältigen Ansprüche und Interessen aller Sporttreibenden in Hannover optimal berücksichtigen zu können, ist eine langfristige sportpolitische Entwicklungsperspektive von Nöten. Raum- und Platzkapazitäten müssen optimal genutzt und gerecht verteilt werden, die Sportinfrastruktur muss instand gehalten und gepflegt werden, die Vielfalt und Attraktivität des Angebots müssen erhalten bleiben und eine verlässliche Förderung muss etabliert werden. Hier muss die Stadtpolitik dem Sport eine noch wichtigere Rolle zugestehen und zusammen mit dem Stadtsportbund und den Vereinen an langfristigen Strategien arbeiten.

Vor allem die veränderte Raumstruktur an den Schulen und die veränderten Voraussetzungen der Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen aufgrund des Ausbaus der Ganztagschulbetreuung bringen erhebliche Veränderungen mit sich. Kooperationen müssen ausgelotet und flexible Lösungen gefunden werden.

Nach wie vor zeigen Studien, dass die Zahl der Nichtschwimmer weiterhin ansteigt. Besonders Kinder sind von diesem Trend betroffen. Die Folge sind immer wieder tödliche Badeunfälle. Daher fordert die FDP, dass der Schwimmunterricht ein fester Bestandteil des Sportunterrichtes werden muss. Es muss das Ziel sein, dass jedes Kind nach Verlassen der Grundschule schwimmen kann. Hierzu ist auch die Kooperation zwischen Schulen und Schwimmvereinen auszubauen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Sportpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Die wichtige Arbeit der Sportvereine muss verlässlich gefördert und unterstützt werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass das Ehrenamt mehr Wertschätzung erhält und möglichst viele Menschen für ein sportliches Ehrenamt gewonnen werden können.

Die sportpolitische Entwicklungsplanung muss dringend auf ein langfristig ausgerichtetes Fundament gestellt werden – eine Berücksichtigung aller Interessen ist hierbei erforderlich. Das gilt insbesondere für die Veränderungen aufgrund der verstärkten Einführung des Ganztagschulbetriebs.

Alle Kinder in Hannover sollen Schwimmen lernen. Wir streben an, dass alle Kinder mit dem Verlassen der Grundschule schwimmen können. Dafür müssen die nötigen Hallenkapazitäten zur Verfügung stehen.

10. Umwelt – Gesundheit, Lebensqualität, Erholung

Hannover hat dank seiner ausgedehnten Naturräume eine hohe Lebensqualität. Die Hälfte der Stadt besteht aus Gärten, Wald oder Gewässern. Hannoveranerinnen und Hannoveraner können aufgrund der kurzen Wege sowohl bei einem geplanten Wochenendausflug als auch jederzeit spontan dem Alltag entfliehen und in den vielen einzigartigen Naturräumen Erholung suchen. Hannover trägt zu Recht den Beinamen „Stadt im Grünen“. Die Bewahrung dieser vielfältigen Landschaftsräume im Stadtzentrum sowie an den Stadträndern ist Aufgabe aller Verantwortlichen in unserer Stadt.

Von offensichtlich großer Bedeutung für die grüne Lunge und die Lebensqualität Hannovers sind vor allem in zentralen Bereichen der Stadt die Kleingärtenanlagen, von denen es in der Landeshauptstadt Hannover erfreulich viele gibt. Sie sind nicht nur wichtig für das Stadtklima, sondern von hoher sozialer, integrativer und nicht zuletzt pädagogischer Bedeutung. Trotz des hohen Drucks auf städtische Flächen aufgrund des angespannten Wohnungsmarkts müssen Kleingärten so weit wie möglich erhalten bleiben und wenn eine Umnutzung unumgänglich ist muss diese so sozialverträglich wie möglich erfolgen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Umweltpolitik. Gerade im städtischen Umfeld sind ökologische, ökonomische und soziale Interessen abzuwägen.

Ein wichtiges Instrument der Umweltpolitik, vor allem im urbanen Raum, ist die Verkehrspolitik. Seit Jahren setzt sich die FDP in Hannover für eine sinnvolle, ideologiefreie Verkehrspolitik ein, die einen wichtigen Beitrag zur städtischen Ökobilanz leisten könnte: Die Abschaffung der sich als weitgehend nutzlos erweisenden Umweltzone zu Gunsten einer nachhaltigen Verstärkung des Verkehrs.

In die Schnittstelle von Umwelt und Verkehr fällt auch der Ausbau der Elektromobilität. Die FDP unterstützt Initiativen der Landeshauptstadt Hannover zur Erprobung von Elektromobilität, um die Forschung in diesem Bereich voran zu treiben. Nicht nur aufgrund des anzunehmenden Potentials für Umwelt und Verkehr, sondern auch für Hannover als Wissenschafts- und Automobilstandort ist ein Einsatz für die Erforschung und Erprobung innovativer Ansätze der Elektromobilität durch die Landeshauptstadt Hannover ein wichtiges Signal.

Stiefmütterlich behandelt wird zudem seit langem das Problem der Lärmbelastung für die Bewohnerinnen und Bewohner Hannovers. In diesem Bereich nimmt Hannover seit Jahren einen traurigen Spitzenplatz im innerdeutschen und europäischen Vergleich ein. Die Umsetzung der Lärmschutzaufgaben der Europäischen Union geht nur schleppend voran. Lärmbelastung stellt jedoch im Alltag eine erhebliche Gefahr für Gesundheit und Umwelt dar. Daher sind – auch im Sinne der Lebensqualität in unserer Stadt – die Bemühungen einer Lärmverringerng zu intensivieren.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Umweltpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Bestehende Naherholungsgebiete müssen erhalten bleiben. Das gilt auch für die Kleingartenanlagen Hannovers.

Die Umweltzone wird abgeschafft. Stattdessen sollen effektivere Instrumente der Verkehrsführung zur Verbesserung der Luftqualität der Stadt umgesetzt werden.

Es muss mehr Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geben, was die Bepflanzung der Gärten angeht. Es muss entsprechend eine Verringerung der städtischen Auflagen für Grundstückseigentümer erwirkt werden. Die Baumschutzsatzung muss endlich abgeschafft werden.

Ein dringendes Thema der Umweltpolitik muss eine Verbesserung des Lärmschutzes in Wohngebieten werden.

Modellprojekte zur Elektromobilität sollen weiterhin unterstützt werden.

11. Senioren – eine Stadt für alle

Der demographische Wandel ist in aller Munde und stellt viele Kommunen vor große Herausforderungen. Hannover ist eine lebendige, wachsende Metropole, die sich ständig entwickelt und dies, schon allein aufgrund ihres Wachstums, tun muss.

Daher ist die FDP der Auffassung, dass der Alterungsprozess der Gesellschaft, von dem auch Hannover betroffen sein wird, für unsere Stadt eher eine große Chance, als ein Nachteil sein wird. Bald werden Senioren rund ein Drittel der städtischen Gesamtbevölkerung ausmachen.

Unter den Senioren gibt es viele aktive und interessierte Bürger, deren Berufs- und Lebenserfahrung viel stärker in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingebunden werden sollte. Damit diese Chance für Hannover genutzt werden kann, muss Senioren, die dies wünschen, ein Einbringen in die Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Dazu muss jegliche Form von Altersdiskriminierung, die heute auf allen Ebenen anzutreffen ist, beseitigt werden. Dies gilt sowohl für berufliche Tätigkeiten (Entlassung einzig aufgrund des Alters), wie für Beschränkungen bei politischen oder ehrenamtlichen Betätigungen.

Hannover ist in seiner Entwicklung daher gut beraten, die Interessen und Bedürfnisse einer alternden Stadtgesellschaft stärker zu berücksichtigen. Das führt zu einer nachhaltigeren besseren Entwicklung der Stadt. Ausgewogene, gut durchmischte Wohnquartiere, barrierefreie Straßenführungen und barrierefreier, gut ausgebauter ÖPNV sind nur einige Beispiele, wie die alternde Bevölkerung die Stadtplanung dazu bringt, eine Stadtentwicklung zu betreiben, von der letztlich alle Bewohner unserer Stadt erheblich profitieren werden.

Allerdings muss dieser Gestaltungsprozess noch erheblich beschleunigt werden. Derzeit werden Belange, die vor allem für ältere Menschen problematisch sind, oft zu Gunsten anderer Prioritäten vernachlässigt. Beispielhaft lässt sich hier das ökologisch motivierte Salzstreuverbot auf Hannovers Fußwegen nennen. Zu Gunsten der Umwelt wurde es eingeführt, ohne auf das Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rücksicht zu nehmen. Für die Beseitigung solcher Fehlentscheidungen werden wir uns einsetzen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Seniorenpolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Altersdiskriminierung wird in allen Bereichen des Lebens abgebaut.

Bildungsangebote für Senioren sind weiter zu verbessern.

Für die Pflegeeinrichtungen und die Seniorenwohnkonzepte setzt die FDP auf Trägervielfalt in unserer Stadt. Neben den kommunalen Einrichtungen wollen wir viele freie, kirchliche und gewerbliche Angebote etablieren, damit die Senioren unserer Stadt aus vielen Angeboten wählen können.

Vor allem bei weiteren Entwicklungsvorhaben in der Innenstadt muss darauf geachtet werden, dass seniorengerechter, bezahlbarer, gut angebundener Wohnraum entsteht, der den Bedürfnissen einer alternden Stadtgesellschaft entspricht.

Die wichtige Arbeit des Seniorenbeirates ist noch stärker als bislang in die Arbeit der Stadtverwaltung und der Ratspolitik einzubeziehen. In ihr liegt eine Quelle wichtiger Expertise, die nicht ungenutzt bleiben sollte.

12. Migration und Flüchtlinge – gemeinsam Hannover

Viele Einwohner Hannovers haben einen Migrationshintergrund. Der weitaus größte Teil lebt, wohnt und arbeitet seit vielen Jahren in Hannover, trägt Verantwortung in Beruf, Familie und Gesellschaft und trägt zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt in unserer Stadt bei.

Die FDP sieht Kultur- und Glaubensvielfalt als Voraussetzung für Integration und Toleranz. Das gilt sowohl für die Menschen ohne Migrationshintergrund gegenüber denjenigen mit einem Migrationshintergrund, als auch für Migrantinnen und Migranten untereinander.

Die FDP steht dafür ein, Migrantinnen und Migranten die gleichen Teilhabechancen am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine Integration und damit für Teilhabechancen ist das Erlernen der deutschen Sprache: der schulische Erfolg, eine berufliche Qualifikation und die Teilhabe am Arbeitsmarkt hängen maßgeblich von diesem einen Kriterium ab. Daher müssen die Anstrengungen im Bereich der möglichst frühzeitigen Sprachförderung intensiviert werden.

Neben dieser großen Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits weitgehend in unsere Stadt integriert sind, wächst zugleich die Gruppe derjenigen, die erst vor kurzem als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, sehr schnell extrem stark an. Vor allem Krieg, Hunger, Vertreibung und politische Verfolgung trieben in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen, um ihr Leben und das ihrer Familien zu retten.

Sie wünschen sich, in Hannover ein neues Leben in Sicherheit und Frieden beginnen zu können. Die schiere Größe dieser Menschenmassen stellt unsere Stadt vor große logistische und auch finanzielle Herausforderungen. All diese Menschen müssen möglichst schnell integriert werden. Das bedeutet, dass sie unsere Sprache lernen müssen, um entsprechend ein selbstbestimmtes, produktives Leben in unserer Gesellschaft führen zu können.

Viele dieser Flüchtlinge sind Akademiker und Fachkräfte oder potentielle Auszubildende, die unser Arbeitsmarkt, Handel und Handwerk dringend benötigen. Daher ist die schnelle und möglichst reibungslose Integration dieser Menschen nicht nur eine humanitäre Verpflichtung, sondern sie dient vielmehr auch unseren eigenen Interessen als Wirtschaftsstandort und als Stadtgesellschaft.

Ein wichtiges Element dieser Integrationspolitik betrifft die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Ihre gesetzlich vorgeschriebene sozialpädagogische Betreuung ist richtig. Die freiwilligen Betreuungsleistungen der Stadt jedoch schießen über das Ziel hinaus: Die Stadt lässt den jungen Menschen ein rund-um-sorglos Paket mit Putz-Einkaufs- und Kochservice angedeihen, was nicht nur völlig überflüssig, sondern einer Integration sogar abträglich ist. Diesen nachweislich sehr selbständigen jungen Menschen wird jedwede Eigenverantwortung ab erzogen und damit eine echte Integration erschwert. Das gilt es dringend zu korrigieren.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Es müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, gegenseitigen Respekt und Akzeptanz für andere Lebensentwürfe und Kulturen zu fördern, damit ein harmonisches Miteinander in unserer immer bunter werdenden Stadt möglich bleibt. Vor allem persönliche Kontakte sind hier von großer Bedeutung. Daher gilt es vor allem die vielen Willkommensnetzwerke und Nachbarschaftsinitiativen verstärkt zu unterstützen. Dazu gehört auch, die Kommunikation von Beteiligungsmöglichkeiten für Interessierte.

Integration und provisorische Massenunterkünfte sind ein Widerspruch in sich. Daher drängen wir auf eine möglichst schnelle dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge spätestens nach Abschluss des Asylverfahrens.

Flüchtlinge, deren Asylverfahren nicht erfolgreich beschieden wird, sind schnellstmöglich in ihre Heimat zurückzuführen.

Die Sprachförderung muss dringend intensiviert werden. Hierzu braucht die Stadt stärkere finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

Vor allem in den Schulen muss die Integration der Kinder durch die unterstützende Arbeit von Sozialarbeitern flächendeckender gewährleistet werden, sowohl um diese Kinder zu unterstützen, als auch um die reibungslose Fortsetzung des Unterrichts für alle anderen Kinder zu gewährleisten.

13. Öffentliche Ordnung – sicheres und sauberes Hannover

Hannover muss für seine Einwohner sowie für Besucher und Kunden eine attraktive, saubere und sichere Stadt sein.

Die FDP fordert das Recht für jeden ein, sich überall sicher zu fühlen: Sicherheit in der Wohnung, im Wohnumfeld, auf den Straßen, an Haltestellen, auf Bahnhöfen, in Parks und am Arbeitsplatz.

Es ist eine wichtige öffentliche Aufgabe für diese Sicherheiten zu sorgen.

Müll am Wegesrand ist in Hannover ein verbreitetes Ärgernis. Infolge geteilter Zuständigkeiten zwischen Stadt und Umland bei den Wegenetzen kommen die Verantwortlichen ihren Verpflichtungen zur Reinigung teilweise nicht nach. Die effektive Koordinierung der Reinigungsarbeiten ist dringend geboten. Das Mängelmelder System, das auf Initiative der FDP in der vergangenen Ratsperiode eingeführt wurde, kann hier zwar Abhilfe schaffen, das grundsätzliche, strukturelle Problem muss jedoch dringend behoben werden.

Vor allem im öffentlichen Raum der Innenstadt ergibt sich jedoch noch ein gravierendes Ordnungsproblem: Ein eklatanter Mangel an Fahrradbügeln führt dazu, dass Fahrräder überall abgestellt werden. Dadurch stellen sie nicht nur ein Ärgernis, dass das Stadtbild verschandelt, sondern auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, da sie vielfach Rettungswege versperren.

Die städtische Verkehrspolitik, die die Autos zu Gunsten der Fahrräder von der Straße verdrängt, muss dringend für eine, dieser Politik entsprechende, Fahrradparkplatzsituation sorgen.

Auf der anderen Seite jedoch, ist das Thema Recht und Ordnung vor allem im Bereich der Innenstadt deshalb sehr brisant, weil sich die Innenstadtpassanten unter ständiger Beobachtung befinden. Aufgrund des gefühlten oder auch tatsächlichen Sicherheitsdefizits installieren viele Inhaber von Ladenlokalen Videoüberwachungsanlagen, die in der Summe den arglosen Passanten auf Schritt und Tritt filmen. Hinzu kommen noch die Überwachungsanlagen der Polizei. In der Innenstadt ist also jeder ein gläserner Bürger. Dass dadurch Persönlichkeitsrechte massiv eingeschränkt werden, liegt auf der Hand. Das damit ein messbarer Anstieg an Sicherheit einher geht ist außerordentlich fraglich.

Es wird deutlich, dass immer ein vernünftiges Verhältnis von ordnungspolitischen Maßnahmen zu persönlichen Freiheitsrechten bestehen muss. Darauf zu achten, dass sich dieses Verhältnis nicht zu Lasten der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte des Einzelnen verschiebt, ist eine der Kernaufgaben jeder liberaler Politik. Dafür werden wir uns auch zukünftig mit aller Nachdrücklichkeit einsetzen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Ordnungspolitik folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit:

Eine verlässliche Polizeipräsenz auf den Straßen, an Bahnhöfen, den öffentlichen Anlagen und Plätzen und in den Stadtteilen. Das macht eine – individuelle Rechte verletzende – Videoüberwachung überflüssig.

Verkehrspolitische Maßnahmen müssen mit entsprechender Stadtplanung flankiert werden.

Strukturelle Defizite der Zusammenarbeit mit der Region Hannover müssen endlich abgebaut werden, damit Ärgernisse wie z.B. im Bereich der Straßenreinigung und Müllentsorgung zukünftig vermieden werden.

14. Jugend – der Zukunft verpflichtet

In Hannover leben sehr viele Kinder und Jugendliche, die unsere Landeshauptstadt zu einer pulsierenden, lebendigen und modernen Metropole machen.

Jedes Jahr ziehen die hannoverschen Universitäten viele junge Studentinnen und Studenten an, die in unserer Stadt ihren temporären Lebensmittelpunkt finden und Hannover nicht selten ein Leben lang verbunden bleiben. Hannover kann nur wachsen, wenn es die Interessen junger Leute berücksichtigt und eine Politik betreibt, die keine Probleme auf dem Rücken der zukünftigen Generation ablädt.

Die Kommunalpolitik betrifft die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor Ort. Leider muss man feststellen, dass gerade junge Menschen sich immer weniger für diese interessieren. Diese Distanz zum politischen Entscheidungsprozess und dieser freiwillige Verzicht auf Teilhabe ist ein großes gesellschaftliches und politisches Problem, das sich mit zunehmendem Alter in der Regel auch nicht von selbst löst. Politikverdrossenheit entstammt oft dem Gefühl der Abkopplung zwischen dem Wahlvolk und der politischen Vertretung, sowie einem mangelnden Verständnis politischer Prozesse. Politische Bildung und das möglichst frühe Heranführen an unser politisches System ist daher eine zentrale Aufgabe kommunaler Jugendpolitik. Politische Bildung schafft mündige, selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger, die sich in die Gesellschaft produktiv einbringen.

Aus diesem Grund setzt die FDP sich dafür ein, dass zukünftig bessere Konzepte zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Mehr Initiativen zur Beteiligung jugendlicher bei konkreten Projekten z.B. durch den Verein „Stadt macht Schule“ ist hier beispielsweise denkbar.

Im Bereich der Jugendarbeit muss darauf geachtet werden, dass die Trägervielfalt nicht beschränkt wird. Sowohl die Arbeit in den städtischen Jugendzentren und der Jugendhilfe in privater Trägerschaft erkennen wir ausdrücklich an. Diese Trägervielfalt ist wichtig und muss erhalten bleiben. Schließungen von Jugendzentren lehnen wir ausdrücklich ab.

Um die heutigen Jugendlichen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern von morgen zu machen, müssen Ihnen individuelle Lernmöglichkeiten auch jenseits der klassischen Schulbildung eröffnet werden. Viele junge Menschen erhalten in ihrem Elternhaus nicht mehr die nötige Allgemeinbildung, die sie brauchen, um ein selbstbestimmtes, Leben zu führen. Daher müssen Bemühungen zur Vermittlung von Allgemeinbildung intensiviert werden. Dazu gehören auch Fähigkeiten wie das Unterschreiben eines Mietvertrags oder das Lesen z.B. behördlicher Bescheide. Die FDP setzt daher auf den Ausbau städtischer Jugendbildungsprogramme ein und fordert eine entsprechende Erweiterung z.B. des Bildungsangebots der Volkshochschule.

Für junge Menschen ist das Nachtleben in der Stadt von besonderer Wichtigkeit. Dieses macht auch einen großen Teil der gesellschaftlichen Teilhabe der Jugendlichen aus. Damit auch Jugendliche, die im Umland wohnen, diese Teilhabemöglichkeit offen steht, ist darauf zu dringen, dass der ÖPNV zwischen Stadt und Umland zu Nachtzeiten verbessert wird. Dies ist beispielsweise durch eine Ausweitung des Nachtsternverkehrs oder durch das Einsetzen von Anruf-Sammel-Taxis darstellbar. Dies würde auch für junge Menschen das dezentrale Wohnen attraktiver machen und zur Entspannung auf dem städtischen Wohnungsmarkt beitragen.

Für die FDP ergeben sich daher im Bereich der Jugendpolitik folgende Schwerpunkte:

Intensivierung der Bemühungen um eine bessere politische Bildung und stärkere politische Teilhabe Jugendlicher.

Trägervielfalt in der Jugendhilfe muss erhalten bleiben. Schließungen von Jugendzentren lehnen wir ab.

Möglichkeiten zur Allgemeinbildung Jugendlicher müssen gestärkt und Angebote der VHS entsprechend erweitert werden.

Die Nachtverbindung des ÖPNV zwischen der Landeshauptstadt Hannover und dem Umland muss verbessert werden, damit dezentrales Wohnen auch für junge Menschen attraktiver wird.